

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Jahre 2016 (10.000 €) und 2017 (20.000 €), wird zugestimmt.</p> <p>8. Der Antrag Nr. 08-14 / A 04814 vom 21.11.2013 „Wie geht es älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Landeshauptstadt München?“ ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.</p> <p>9. Von der in Ziffer 7.4 beschriebenen Vorgehensweise zum Personaleinsatzmanagement und den darin vorgeschlagenen Maßnahmen wird zustimmend Kenntnis genommen.</p> <p>10. Ein zentrales jährliches Budget für das Personaleinsatzmanagement in Höhe von 50.000 € wird aus dem zentralen Finanzmittelbestand zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanung oder per Büroweg bereitgestellt.</p> <p>11. Von der in den Ziffern 7.1 und 7.2 des Vortrags beschriebenen Vorgehensweise zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement und zur Krankenbetreuung sowie den darin vorgeschlagenen Maßnahmen wird zustimmend Kenntnis genommen.</p> <p>12. Der Einführung eines dezentralen BEM-Fallmanagements und die zentrale Finanzierung der</p>	<p>Zeitverzögert</p> <p>Erledigt</p>	<p>Zu 10. Die Mittel für das Personaleinsatzmanagement in Höhe von 50.000 € wurden bisher nicht abgerufen, da die personellen Ressourcen nicht wie beantragt genehmigt wurden und erst Kapazitäten neu justiert werden müssen.</p> <p>Zu 12. Der Stadtrat hat am 18.12.2019 mit der Sitzungsvorlage Nr. 14-20/ V 15646 die</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>notwendigen Ressourcen vor Ort gem. Ziff. 7.1.2.2. des Vortrags wird grundsätzlich zugestimmt. Das POR wird beauftragt, nach Vorliegen der Erkenntnisse aus dem kommunalen Austausch und der Auswertung weiterer relevanter Daten erneut zu berichten und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten.</p> <p>13. Ein zentrales jährliches Budget ab 2016 für die Krankenbetreuung in Höhe von 20.000 € für die Leitung der städtischen Selbsthilfegruppe auf Honorarbasis und für das Betriebliche Eingliederungsmanagement für spezielle Trainingsmaßnahmen von BEM berechtigten Personen in Höhe von jährlich 25.000 € wird aus dem zentralen Finanzmittelbestand zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen Mittel werden im Rahmen der Haushaltsplanung oder per Büroweg bereitgestellt.</p> <p>14. Die Ausführungen in den Ziffern 7.3 Zusätzliche Maßnahmen für Menschen mit Schwerbehinderung, 7.5 Prävention durch Wissensmanagement an den Dienststellen und 7.6 Rolle der Rechtsabteilung des Personal- und Organisationsreferat, P 1.4 werden ebenfalls zustimmend Kenntnis</p>	Erledigt	<p>stadtweite Implementierung eines dezentralen BEM-Fallmanagements beschlossen und die Referate/Eigenbetriebe beauftragt, die dafür erforderlichen Kapazitäten und Ressourcen in eigener Verantwortung zum Eckdatenbeschluss 2021 anzumelden. Das vorgeschaltete Pilotprojekt wurde zum 31.12.2019 beendet.</p> <p>Zu 13. Mit dem zentralen jährlichen Budget für die Krankenbetreuung in Höhe von 20.000 € wird eine externe Dienstleistung bezahlt.</p> <p>Die finanziellen Mittel in Höhe von 25.000 € für spezielle Trainingsmaßnahmen wurden durch Beschluss mit der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12821 für „BETSI“ umgewidmet.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>genommen.</p> <p>15. Sofern die benötigten Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wird das Personal- und Organisationsreferat beauftragt, in 2 Jahren über die stadtweite Weiterentwicklung auf dem Gebiet „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ zu berichten.</p> <p>16. Die Einrichtung und Besetzung der erforderlichen Kapazitäten kann nicht bis zur Genehmigung des Haushalts 2016 bzw. bis zur Aufstellung des Haushalts 2017 zurückgestellt werden. Die Unabweisbarkeit dieser Maßnahme (Personal- und Sachmittel) wird anerkannt.</p> <p>17. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Erledigt	<p>Zu 15. Dieser Bericht wurde in der Stadtratsvorlage Nr. 14-20/ V 11909 vom 11.07.2018/25.07.2018 eingebracht.</p>
4	14-20 / V 07788	07.12.2016/ 14.12.2016	Beschäftigtensicherheit in Dienstgebäuden der Landeshauptstadt München	<p>1. Der Stadtrat stimmt dem vorgeschlagenen Sicherheitskonzept, insbesondere den unter Ziffer 2. des Vortrags vorgeschlagenen Kategorisierungen und Begriffsdefinitionen und den unter Ziffer 4. des Vortrags vorgeschlagenen Mindeststandards und optionalen Maßnahmen zu. Die Mindeststandards sollen in allen Referaten und Eigenbetrieben bis 31.12.2017 umgesetzt sein.</p>	Im Zeitplan	<p>Alle Referate und Eigenbetriebe haben die betriebsorganisatorischen Maßnahmen im Wesentlichen umgesetzt. In einigen wenigen Teilbereichen werden die Umsetzungskonzepte noch bearbeitet.</p> <p>Die von den Referaten und eigenbetrieben beabsichtigte Umsetzung baulicher Maßnahmen ist in weiten Teilen abgeschlossen; einige Änderungen haben sich noch</p>

Lfd. Nr.	Beschluss-nummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>2. Die Referate und Eigenbetriebe werden im Rahmen ihrer Zuständigkeit für den Arbeitsschutz beauftrag, mit Unterstützung des Kommunalreferats und des Fachdienstes für Arbeitssicherheit (POR-FAS) unverzüglich ihre Büroarbeitsplätze anhand der unter Ziffer 2.1 des Vortrags genannten Kriterien zu kategorisieren, die unter Ziffer 4. des Vortrags genannten betriebsorganisatorischen Maßnahmen umzusetzen, insbesondere die Zugangsberechtigungskonzepte zu erstellen und die gewünschten optionalen Sicherheitsmaßnahmen festzulegen. Das Kommunalreferat wird im Rahmen seiner Zuständigkeit nach mfm beauftrag, auf dieser Grundlage in Abstimmung mit den Referaten und Eigenbetrieben die baulichen Maßnahmen zu realisieren, die Vergabe der Sicherheitsdienstleistungen mit der Vergabestelle zu organisieren und die erforderlichen Stadtratsvorlagen einzubringen. Der Stadtrat soll nach Möglichkeit spätestens im Juli 2017 befasst werden.</p> <p>3. „Bekanntgabe des Beschlusses (Art. 52 Abs. 3 GO): Die nicht geheimhaltungsbedürftigen Teile des Beschlusses werden nach Beschlussfassung in geeigneter Form bekanntgegeben.“</p> <p>4. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		<p>ergeben und müssen noch umgesetzt werden. Wenige Stellen sind mit der Umsetzung noch beschäftigt.</p> <p>Das KVR plant für 2020 eine Beschlussvorlage zu einem neuen Alarmierungskonzept. Auch das Sozialreferat plant für das 1. HJ 2020 eine umfangreiche Beschlussvorlage. Die übrigen zur vollständigen Umsetzung benötigten Beschlussvorlagen sind ebenfalls in Bearbeitung bzw. bereits im Stadtrat eingebracht.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
5	14-20 / V 09865	11.10.2017/ 18.10.2017	Great Place To Work und Betriebliches Gesundheitsmanagement	<p>1. Von dem Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen, der Verknüpfung der Themen GPTW und BGM wird zugestimmt. Um die bereits laufenden Aktivitäten zur Optimierung der Arbeitsbedingungen und somit zur Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten, auch im Sinne von BGM zu erhalten, wird die zentrale Finanzierung der im Rahmen von GPTW bereitgestellten und derzeit besetzten bzw. besetzbaren Stellen für BGM-Aktivitäten (inkl. gesetzlichem Arbeits- und Gesundheitsschutz) um ein weiteres Jahr verlängert. Hierfür werden insgesamt (dezentral und zentral) 9,5 VZA für ein weiteres Jahr finanziert. Die Referate/Eigenbetriebe setzen diese Kapazitäten ausschließlich für die unter Ziffer 2.5 dargestellten Aufgaben ein.</p> <p>Dem Stadtrat wird im 1. Halbjahr 2018 dargestellt, welche Stellen (dezentral bzw. Zentral) in den Referaten und Eigenbetrieben für folgende Aufgaben (Great Place to Work-Koordination, Betriebliches Gesundheitsmanagement, Betriebliches Eingliederungsmanagement, Betriebliche Gesundheitsförderung) bereits eingerichtet sind, welche davon auch tatsächlich besetzt sind, wie lange diese jeweils evtl. befristet sind und welchen konkreten Aufgabenbereich diese jeweils wahrnehmen.</p>	Erledigt	<p>Zu 1. Die Aufträge des Stadtrats wurden mit Beschluss Nr. 14-20/V 11909 vom 11.07.2018 im VPA erledigt. Es wurde die Beschlussvorlage „Great Place To Work, Betriebliches Gesundheitsmanagement, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Betriebliche Gesundheitsförderung und Betriebliches Eingliederungsmanagement - Notwendigkeiten - Zusammenhänge - zentrale und dezentrale Aktivitäten und Kapazitäten - gesamtstädtische Steuerung der Themen“ und - ein Konzept zur verbesserten zentralen Steuerung eingebracht.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, dem Stadtrat im 1. Halbjahr 2018 ein Konzept vorzulegen, wie eine verbesserte zentrale Steuerung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements einschließlich der personellen Ressourcen erfolgen kann.</p> <p>Weitere Stellenbedarfe bzw. die Entfristung können erst, wenn diese Gesamtübersicht der jetzigen Stellensituation in den Referaten und Eigenbetrieben und das Steuerungskonzept vorliegen, angemeldet werden.</p> <p>2. gestrichen</p> <p>3. Aufgrund der dargestellten Nachteile wird keine erneute stadtweite Mitarbeiterbefragung im Stile von Great Place To Work durchgeführt. Im Jahr 2018 wird ein Konzept erarbeitet, wie der GPTW-Folgeprozess in den Referaten/Eigenbetrieben durch spezifische Umfragen zur Zufriedenheit mit den eingeleiteten Maßnahmen evaluiert werden kann. Die entsprechende Umsetzung findet 2019 statt. Damit ist der GPTW-Prozess formal abgeschlossen. Die Umfragen werden in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt durchgeführt. In Abhängigkeit der Ergebnisse wird dann bereichsspezifisch mit Unterstützung des POR über etwaige notwendige</p>	Erledigt	<p>Zu 3. Das weitere Vorgehen bzgl. der GPTW-Folgebefragung wurde abschließend mit der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16545 „Programm neoHR – Digitalisierung und Weiterentwicklung des LHM-Personalmanagements“ vom Stadtrat am 20.11.2019 (VPA) bzw. 27.11.2019 (VV) beschlossen.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Anpassungsmaßnahmen entschieden.</p> <p>4. Das POR wird beauftragt, parallel hierzu ein Konzept für ein Pilotprojekt mit anlass- und themenbezogenen Kurzbefragungen, die möglichst niederschwellig und voll digitalisiert durchgeführt werden sollen, zu erarbeiten. Nach den Erfahrungen mit einem solchen Projekt wird das Personal- und Organisationsreferat dem Stadtrat im Jahr 2020 berichten und einen konkretisierten Vorschlag zur Implementierung einer regelmäßigen Feedbackkultur unterbreiten.</p> <p>5. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss, das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, die Verlängerung von 1,0 VZÄ bis 31.12.2018 befristeten VZÄ um ein Jahr beim Personal- und Organisationsreferat (Querschnittsreferat) zu veranlassen.</p> <p>Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, die erforderlichen Haushaltsmittel bei der Stadtkämmerei anzumelden.</p>	<p>Im Zeitplan</p> <p>Erledigt</p>	<p>Zu 4. Die Beschaffung der Software befindet sich aktuell im IT-Vergabeverfahren. Es wird davon ausgegangen, dass das Tool im ersten Halbjahr 2020 zur Verfügung steht. Das Konzept zur Umsetzung wird in einem Folgeschritt gemeinsam mit dem Unternehmen entwickelt.</p> <p>Zu 5. Die Entfristung der Stelle ab 01.01.2019 wurde vom Personal- und Organisationsreferat beantragt und vom Stadtrat mit Beschluss Nr. 14-20/V 11909 vom 11.07.2018 im VPA geschäftsordnungsgemäß erledigt.</p>

Lfd. Nr.	Beschluss-nummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen im Jahr 2019 in Höhe von bis zu 19.790 € (40% des JMB für Beamte/innen).</p> <p>Das Produktkostenbudget erhöht sich im Jahr 2019 vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 zahlungswirksam um 56.250 €.</p> <p>6. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, im Benehmen mit den Referaten die erforderlichen 8,5 VZÄ um ein Jahr zu verlängern. Das Personal- und Organisationsreferat (Querschnittsreferat) wird darüber hinaus beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 300.040 € (Personalkosten: 296.960 €; Sachkosten: 3.080 €) für das Jahr 2018, 335.730 € (Personalkosten: 332.280 €; Sachkosten: 3.450 €) für das Jahr 2019 sowie 32.370 € (Personalkosten: 32.100 €; Sachkosten: 270 €) entsprechend der tatsächlichen Besetzung bei den Ansätzen der</p>	Erledigt	<p>Zu 6. Die Entfristung der Stellen ab 01.01.2019 wurden vom Personal- und Organisationsreferat beantragt und vom Stadtrat mit Beschluss Nr. 14-20/V 11909 vom 11.07.2018 im VPA geschäftsordnungsgemäß erledigt.</p>



Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Personalauszahlungen beim Kostenstellenbereich Einrichtung und Maßnahmen für Verwaltungsangehörige, Unterabschnitt 0800 anzumelden.</p> <p>Die Produktkostenbudgets erhöhen sich zahlungswirksam in Summe um 668.140 € (Produktausgabenbudget).</p> <p>Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand in Höhe von bis zu 92.520 € im Jahr 2018, 103.520 € im Jahr 2019 sowie 10.000 € im Jahr 2020 (jeweils 40 % des JMB).</p> <p>7. Das Personal- und Organisationsreferat wird dem Stadtrat voraussichtlich 2020 über die Erfahrungen aus der Verknüpfung von GPTW und BGM einen Vorschlag zur stadtweiten Etablierung von Kurzbefragungsmethoden unterbreiten</p> <p>8. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Im Zeitplan	Zu 7. Derzeit in Bearbeitung.
6	14-20/V 08901	11.10.2017/ 18.10.2017	Neukonzeptionierung der Arbeitgebermarke der Landeshauptstadt München	1. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss, das Personal- und Organisationsreferat zu beauftragen, die städtische	Zeitverzögert	Das komplexe Vergabeverfahren (europaweite Ausschreibung, mehrstufige Vergabe mit Pitch) konnte Anfang November 2019 erfolgreich abgeschlossen werden. Den Zuschlag erhielt

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am VPA/VV	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Arbeitgebermarke neu zu konzeptionieren, insbesondere die entsprechenden Marketingmaßnahmen nach innen und außen und die unter Ziffer 3 des Vortrags aufgelisteten finanziellen Mittel im Rahmen des Haushalts 2018/2019 zu bewilligen.</p> <p>2. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss, das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, die erforderlichen Haushaltsmittel (Sachmittel) in Höhe von insgesamt 650.000 € (400.000 € für 2018 und 250.000 für 2019) im Rahmen der Aufstellung des Haushalts bei der Stadtkämmerei anzumelden.</p> <p>3. Das Produktkostenbudget erhöht sich vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 zahlungswirksam um 650.000 € (Produktauszahlungsbudget).</p> <p>4. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		<p>die Bietergemeinschaft aus der Personalberatung promerit mercer und der Kreativagentur laut von leise. Mit beiden Firmen wurde nach Erteilung des Zuschlags sofort Kontakt aufgenommen und vorbereitende Maßnahmen und Fragen der Projektorganisation geklärt.</p> <p>Die Projektstruktur sowie der Projektzeitplan sind mittlerweile fixiert. Der Kick-off mit dem erweiterten Projektteam, in das alle städtischen Referate eingeladen wurden, sowie allen Stakeholdern (z.B. GJAV, GPR, Gleichstellungsstelle etc.) findet am 24. Januar 2020 statt. Die konzeptionelle Phase mit Mitarbeiterbeteiligung und Entwicklung der Employer Value Proposition (EVP) soll Ende des 1. Halbjahres 2020 abgeschlossen sein, so dass im zweiten Halbjahr 2020 die entsprechenden Marketingmaßnahmen und die dazu nötigen Kommunikationsmaßnahmen (intern wie extern) konzipiert und umgesetzt werden können.</p>
7	14-20/ V 11610	19.06.2018/ 27.06.2018	Arbeitszeiterfassung	<p>1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.</p> <p>2. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt,</p>	Im Zeitplan	Das Projekt befindet sich in der Umsetzung und wurde vom Stadtrat mit Beschluss vom 25.09.2019 im VPA mit